

Polens Landwirtschaft zwischen Schwächen und Chancen

Das kirchliche Hilfswerk zur Modernisierung der privaten Landwirtschaft

Im Mittelpunkt der Gespräche der polnischen Bischöfe mit ihren westlichen Amtsbrüdern in den Jahren 1981 und 1982 stand die Hilfe für Polen angesichts seiner Ernährungsprobleme, die damals wie heute besonders in der Notwendigkeit von Getreideimporten und in der knappen Rationierung von Fleischwaren zum Ausdruck kommen. Bei aller Anerkennung für die Paket-Hilfsaktion vertraten die Polen die Ansicht, daß solche Art Hilfe auf Dauer weder möglich noch sinnvoll sei. Langfristig brauche das Land eher eine Wirtschaftshilfe zur Mobilisierung der eigenen Kräfte, eine „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Die Idee wurde von den Episkopaten Westeuropas, der USA und Kanadas aufgegriffen. Es dauerte eine gewisse Zeit, die Regierungen im Westen (Stichwort: Wirtschaftssanktionen gegen Polen), und noch länger, die Regierung in Warschau zur Zustimmung zu bewegen; es geht ja um ein beispielloses, in jeder Hinsicht kompliziertes, in doktrinäre und tagespolitische Probleme verwickeltes Vorhaben. Nach langwierigen Verhandlungen gelang eine weitreichende Einigung über Ziel, Finanzierung, Organisation und Rechtsrahmen des ins Auge gefaßten kirchlichen Hilfswerks zur Modernisierung der privaten Landwirtschaft (rund drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Polens und 83 Prozent der Agrarproduktion) einschließlich des ländlichen Handwerks. Bis auf einige technische Details war dieser Konsens im September dieses Jahres erreicht; Vertreter der kirchlichen Seite erwarten nunmehr den Start des Hilfswerks noch vor Weihnachten.

Das Projekt, dessen direkter Träger eine vom Primas, Kardinal Józef Glemp, gegründete und unter der Aufsicht der Polnischen Bischofskonferenz stehende privatrechtliche „Landwirtschaftliche Stiftung“ sein wird, soll aus kirchlichen, staatlichen und privaten Spenden und Zuschüssen der westlichen Welt finanziert werden. Für die so erworbenen Devisen soll die Stiftung im westlichen Ausland Investitions- und Betriebsmittel kaufen, die daraufhin den polnischen Landwirten und Handwerkern gegen Landeswährung (Zloty) weiterverkauft (nicht geschenkt!) werden. Schwerpunktmäßig wird die Stiftung Kredite und Zuschüsse vergeben. Aus Zloty-Erträgen und -Spenden sollen die Eigenkosten der Stiftung, die Inlandsaufwendungen für die wirtschaftlichen Fachprogramme sowie die Kosten der für die Zukunft ins Auge gefaßten begleitenden Sozialprogramme gedeckt werden.

Die polnischen Kirchenexperten rechnen mit einem sukzessiven Zufluß der Devisen im Lauf von mindestens fünf Jahren, und zwar in einem Umfang von insgesamt 1,8 Milliarden Dollar. Von diesen Erwartungen ausgehend, haben sie nach Absprache mit der Regierungsseite zehn wirtschaftliche Fachprogramme vorgelegt. Die Fachprogramme sind jeweils in ein Pilot- und ein Großprojekt gegliedert. Die Pilotprojekte sollen im ersten Jahr an einigen Orten in Polen mit dem Ziel durchgeführt werden, die Realisierbarkeit des jeweiligen Fachprogramms zu testen und die Glaubwürdigkeit des Hilfswerks allen Interessierten zu demonstrieren.

Bei dem Versuch, die Chancen und Risiken des Unternehmens zu überlegen, müßte man insbesondere folgende entscheidende Faktoren vor Augen haben: das direkte Operationsfeld des Projekts, nämlich die polnische Landwirtschaft in ihren agrarpolitischen, ökonomischen, technischen und sozialen Aspekten, das Ost-West-Verhältnis, die innenpolitische Lage in Polen, besonders das Verhältnis von Staat und Kirche, sowie nicht zuletzt die Hilfsbereitschaft in der westlichen Welt. Schon diese Aufzählung der Zusammenhänge macht deutlich, wie kompliziert das Unternehmen ist. Im folgenden soll im Blick auf das geplante Hilfswerk auf einige Fragen und Probleme eingegangen werden, die sich aus den Besonderheiten der polnischen Landwirtschaft ergeben.

Agrarpolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus

Unmittelbar nach der Befreiung von der deutschen NS-Besatzung führte der kommunistische Staat eine Bodenreform durch, die den Großgrundbesitz auflösen und das Kleinbauerntum stärken sollte. Doch entgegen ihren früheren Versprechen startete die Führung im Jahr 1948, nach der Zerschlagung der politischen Opposition und der Verdrängung des privaten Handels, eine massive Kampagne zur beschleunigten Kollektivierung durch Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Parallel verfolgte sie die Politik eines forcierten Ausbaus der Schwerindustrie, der zahlenmäßigen Stärkung der Arbeiterklasse, der billigen Lebensmittel und der harten Steuer- und Zwangslieferauflagen besonders für größere Bauernbetriebe. Gemessen an der ideologischen Zielsetzung brachte diese Agrarpolitik keine großen Erfolge: Trotz massiven Drucks blieb der größte Teil des landwirtschaftlichen Bodens in privatem Besitz, neben Jugoslawien heute eine Einmaligkeit in der kommunistischen Welt. Dagegen wuchs aber die materielle und ökonomische Rückständigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft, die Landflucht vieler Jugendlicher nahm zu, und es herrschte ein tief verwurzeltes Mißtrauen der Bauern gegenüber der Agrarpolitik der KP.

Als im Oktober 1956 im Lauf der Entstalinisierung der Nationalkommunist Władysław Gomułka wieder an die Macht kam, leitete er eine von der Bevölkerung

begrüßte Wende in der Agrarpolitik ein. Der Druck zur Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde in vielen Fällen rückgängig gemacht und für die Zukunft als unzulässig erklärt, die ökonomischen Lasten der Bauernwirtschaft wurden stark gemildert, die ideologische Anprangerung der reicheren Bauern unterlassen. Gomułka gab Ansätze zur Formulierung der neuen Doktrin der Agrarpolitik für die – hinsichtlich der Dauer nicht näher bestimmte – „Übergangszeit“, die bei allen Akzentverschiebungen über 20 Jahre lang, bis zum Ausgang der Ära seines Nachfolgers Edward Gierek, gültig blieb.

Es war eine dialektische Verbindung der orthodoxen Unterscheidung zwischen „sozialistischen“ (staatlichen und genossenschaftlichen) und „nichtsozialistischen“ (auf Privateigentum basierenden) Produktionsformen, mit den pragmatischen Schlüssen aus der Erkenntnis, daß unter den gegebenen Umständen die private Landwirtschaft dank Fleiß, Wirtschaftlichkeit und relativ niedrigen materiellen Lebensansprüchen der Bauern mit Abstand mehr und billiger produzieren kann als die kollektive, und daß die Einzelbauern als große gesellschaftliche Gruppe immer noch einen zähen Behauptungswillen aufweisen. Diese dialektische Betrachtungsweise implizierte eine zweifache Zielsetzung der Agrarpolitik: „Förderung der Produktivität in allen Sektoren der Landwirtschaft“ und zugleich „schrittweise sozialistische Veränderungen auf dem Land“. Diese beiden Ziele waren nicht kohärent, und die praktische Betonung des einen mußte eine Vernachlässigung des anderen bedeuten.

Der rote Faden der Agrarpolitik in der Zeit zwischen 1956 und 1980 erscheint wie eine Zickzacklinie im Spannungsfeld zwischen dem ideologischen und dem pragmatischen Pol: In Zeiten schwieriger Lebensmittelversorgung bemühte sich die staatliche Agrar- und Wirtschaftspolitik, den Bedürfnissen der bäuerlichen Wirtschaft besser Rechnung zu tragen. In besseren Zeiten verschob sich jedoch der Akzent immer mehr auf verschiedene Maßnahmen zur Förderung des flächenmäßigen und qualitativen Ausbaus des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft bei Vernachlässigung der privaten Betriebe. Dabei wurden auch schwerwiegende Fehler in wirtschafts- und agrarpolitischen Maßnahmen gemacht, was sich wieder auf die Lebensmittelversorgung negativ auswirkte.

Will man die Umorientierung der Agrarpolitik bewerten, die Edward Giereks Nachfolger seit dessen Sturz im September 1980 vollziehen, so kann man die These riskieren, daß es sich hier um etwas mehr handelt als nur um eine neue Phase im alten, fast zyklischen Rhythmus seit 1956. Es scheint, daß die Nachfolger von Gierek und Gomułka die Notwendigkeit eines Durchbruchs sahen. Sie mußten erkennen, daß offener Aufruhr der Arbeiter gegen unzureichende Lebensmittelversorgung schon mehrmals direkte Ursache für eine schwere innenpolitische Krise gewesen war, die in der Regel mit dem Sturz der jeweiligen Führungsmannschaft endete und 1980 zudem die Herausforderung der „Solidarität“ brachte; sie mußten und müssen also die Notwendigkeit einer stabilen, berechenbaren und

pragmatischen Agrarpolitik ernst nehmen. In diese Richtung ging auch der Druck der damals politisch bewußter und aktiver gewordenen Gesellschaft. Er zeigte sich nicht nur in den resoluten Forderungen der oppositionellen Bewegung, sondern bis zu einem gewissen Grad auch in der stärkeren Profilierung der Vereinigten Volkspartei (bäuerliche Blockpartei) sowie der systemkonformen bauernständischen Organisationen.

Theoretische Argumente für die ideologische Rechtfertigung dieser Umorientierung hatte schon die agrarpolitische Diskussion der zurückliegenden Jahre geliefert: Nicht Eigentums- und Betriebsform, sondern der geleistete Beitrag zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volks seien für die Systemkonformität eines Landwirtschaftssektors ausschlaggebend; in der bäuerlich-familiären Wirtschaft (also fast der ganzen privaten Landwirtschaft Polens) gebe es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wie im Kapitalismus; die private Landwirtschaft in Polen sei aus volkswirtschaftlicher Sicht gar nicht so privat, denn sie werde vom Staat durch Produktionsmittelversorgung, staatlich-genossenschaftliches Ankaufsystem, Preissteuerung, Kreditvergabe und ähnliches indirekt, aber doch auf der Basis der zentralen Wirtschaftsplanung gelenkt.

Die Grundsätze der Agrarpolitik nach 1980, die in politischen Verlautbarungen, staatlichen Programmen, Gesetzen, „Gesellschaftsverträgen“ mit streikenden Bauern, mit unterschiedlicher Intensität zum Ausdruck kamen, lassen sich in folgenden Stichwörtern zusammenfassen: volle Sicherheit des bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden; Gleichbehandlung aller Sektoren der Landwirtschaft; schrittweiser Abbau des Zurückbleibens der bäuerlichen Bevölkerung hinsichtlich der sozialen Sicherung und der Lebensbedingungen; Einkommensparität zwischen Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen; Überwindung der „landwirtschaftsfremden Orientierung“ der Industrie, des volkswirtschaftlichen Strukturfehlers der zurückliegenden Jahrzehnte. Mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 verloren diese Grundsätze kaum an Aktualität; der Einschnitt bestand nur im Verbot der neugegründeten Organisationen auf dem Land, die mit der Gewerkschaft „Solidarität“ verbündet waren und sich nach ihr nannten. Am 20. Juli 1983 beschloß der Sejm eine (in der Formulierung ziemlich vorsichtige) Verfassungsänderung, die „die Dauerhaftigkeit der familiären Landwirtschaftsbetriebe der werktätigen Bauern“ garantiert.

Mängel und Engpässe

Die normative Umorientierung der Agrarpolitik gibt aber noch keine Gewähr für eine radikale Sanierung und Erleichterung der Bedingungen, unter denen die private Landwirtschaft arbeiten muß. Die Versäumnisse der zurückliegenden Jahrzehnte sind zu groß und der Spielraum des Staates bei der Produktions- und

Finanzkrise zu klein, als daß eine rasche Sanierung der Landwirtschaft denkbar wäre.

Das wirtschaftliche System in Polen ist durch eine Art inflationäre Mangelwirtschaft gekennzeichnet. Der Besitz des Geldes allein garantiert nicht, daß man auf dem Markt ohne weiteres die gefragte Ware (zum offiziellen Preis) kaufen kann. Unter dieser Situation müssen die Landwirte seit Jahren leiden; fast an allen Produktionsmitteln besteht ein Defizit, für viele (Maschinen, Futter, Benzin, Kohle) mußten Reglementierungs- oder Zuweisungssysteme geschaffen werden. Natürlich kann die kirchliche Stiftung durch ihre Importe nicht alle Defizite beheben. Sie könnte jedoch aufgrund der Marktforschung die schmerzlichsten Lücken schließen. Die Einzelpreise sollen nach dem Förderungskonzept marktorientiert sein, damit die Nachteile einer Zuweisung vermieden werden können. Die so erwirtschafteten Zloty und die Investitionsimporte sollen dann die finanzielle Grundlage für die Durchführung der überbetrieblichen Investitionsprogramme sein. Die dringendste Aufgabe, wie die diesjährige Dürre in vielen Teilen Polens gezeigt hat, ist die bessere Versorgung mit gesundem Wasser für Menschen und Tiere.

Der polnische Landwirt ist in der Betriebsführung und im Absatz seiner Erzeugnisse meist auf staatliche oder genossenschaftliche Stellen angewiesen, die in der Regel alles andere sind als effiziente und zuverlässige Partner. Zeitvergeudung beim Schlangestehen oder Suchen (man schätzt, daß es insgesamt rund 60 Tage im Jahr sind), Verluste durch nicht termingemäße Feldarbeiten, Verderb eines nicht unerheblichen Teils der landwirtschaftlichen Produkte durch zu enge oder unverlässliche Kapazitäten bei Lagerung, Verarbeitung und Transport, mancherorts Nachlässigkeit und Korruption – das sind die meist beklagten Mängel der bäuerlichen Betriebe. Deshalb stellen die Programme für überbetriebliche Investitionen darauf ab, auf der Basis von Zusammenschlüssen das bestehende Netz zu erweitern und alternative Modelle anzubieten.

Ein nicht unwesentliches Hindernis für eine rationelle Modernisierung ist die rückständige (wenn auch regional sehr differenzierte) Agrarstruktur. 1982 gab es in ganz Polen 2,84 Millionen private landwirtschaftliche Betriebe mit über 0,5 Hektar Nutzfläche. Die Durchschnittsgröße eines Betriebs liegt bei nur 5 Hektar und bleibt seit Jahrzehnten konstant; 10,1 Prozent aller Betriebe haben zwischen 10 und 15 Hektar und nur 5,7 Prozent mehr als 15 Hektar. Diese Zersplitterung ist in erster Linie auf die unzureichende technische Ausstattung zurückzuführen. Auf der anderen Seite aber wird sie ein struktureller Störfaktor für die optimale Verteilung und den optimalen Einsatz der neuen, ohnehin knappen Mittel.

Die strukturellen Schwächen werden etwa am Beispiel der Zugkraft deutlich. Im Verhältnis der Zahl der Traktoren im Besitz der bäuerlichen Betriebe zu der privat bewirtschafteten Nutzfläche nimmt Polen den vierten Platz in Europa ein: ein Traktor für ca. 30 Hektar, was jedoch angesichts der Veralterung, der Engpässe im

Angebot an Ersatzteilen und Reparaturen sowie der Zerstückelung der Betriebe und der ungleichmäßigen Verteilung zwischen den Betrieben wenig besagt. Den absoluten Rekord auf dem Kontinent hält Polen beim Zugpferdebestand in der privaten Landwirtschaft (ein Pferd auf ca. zehn Hektar); die Fütterung dieser Tiere belastet schwer die Getreidebilanz und somit, angesichts der Importe, die Zahlungsbilanz der Volksrepublik Polen.

Die Agrarstruktur und die damit zusammenhängenden arbeitstechnologisch bedingten Überschüsse an Arbeitskräften in den privaten Betrieben hindern die staatliche Agrarpolitik daran, den Grundsatz der Einkommensparität für die Mehrheit der Bauern zu verwirklichen. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Realitäten kann die Verbesserung der Agrarstruktur daher nur ein langsamer, evolutionärer Prozeß sein. Das kirchliche Hilfswerk kann dazu beitragen, indem es Schwerpunkte der betrieblichen Förderung vernünftig festsetzt und sie mit staatlichen Maßnahmen entsprechend koordiniert. Weiter kann es den sozialen Auswirkungen der Agrarstrukturverbesserung in seinen sozialen Programmen Rechnung tragen.

Die Menschen

Von „einer“ bäuerlichen Landwirtschaft in Polen zu sprechen ist schon deswegen eine grobe Vereinfachung, weil die polnische Bauernschaft in vielerlei Hinsicht je nach Region, ja je nach Hof stark differenziert ist. Synthetische statistische Größen oder allgemeine qualitative Tendenzfeststellungen besagen häufig nichts oder täuschen. Dennoch soll hier auf einige hingewiesen werden, um die wichtigsten Probleme, mit denen das Hilfswerk konfrontiert wird, hervorzuheben.

Nach administrativen Kriterien lebten 1983 noch 14,83 Millionen (40,3 Prozent der Polen) auf dem Land. Die bäuerliche Bevölkerung (Landwirte und mit ihnen lebende Angehörige) zählte 9,32 Millionen; das waren 2,8 Prozent mehr als 1978. In der Nachkriegszeit sank die Zahl der bäuerlichen Bevölkerung bis Ende der 70er Jahre kontinuierlich; die neue, gegenläufige Tendenz ist auf die Wirtschaftskrise und die Wohnungsprobleme in den Städten zurückzuführen. Entsprechend ist auch die Zahl der in eigenen Betrieben Tätigen zum ersten Mal gestiegen. Im Jahr 1983 waren es rund 5 Millionen, davon jedoch 1,27 Millionen Nebenerwerbslandwirte und eine ungefähr gleich starke Gruppe von Zuerwerbslandwirten. Die landwirtschaftlichen Existenzaussichten und das Interesse an der Landwirtschaft und der Modernisierung der Infrastruktur sind je nach Betrieb unterschiedlich, so daß weder der Staat noch das Hilfswerk diese Betriebe bei ihren Förderungsmaßnahmen einheitlich behandeln können.

Die angeführten Zahlen zeigen, daß in der polnischen Landwirtschaft insgesamt kein Arbeitskraftdefizit besteht. Man muß jedoch die Tatsache berücksichtigen,

daß die Arbeitskräfte regional nicht gleichmäßig verteilt sind und daß es Gebiete gibt, wo wegen schlechter natürlicher oder Infrastrukturverhältnisse (meist beides zusammen) die Bevölkerung auf dem Land abnimmt. Das Durchschnittsalter der Landwirte ist zwar infolge der Rentenversicherung (Hofübergaberenten) in den letzten Jahren zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte zurückgegangen. Da jedoch fast jeder dritte Betriebsleiter mehr als 60 Jahre alt ist und meist keinen Nachfolger hat, bleibt die Altersstruktur ungünstig, zumal mit dem Alter bekanntlich die Zurückhaltung gegenüber Modernisierung und Innovation wächst.

Darüber hinaus weist man in Polen darauf hin, daß für junge Polen der Beruf des Einzellandwirts hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen gegenüber den anderen Berufen wenig attraktiv ist. Es sind meist die begabtesten Bauernkinder, die sich für einen anderen Beruf entscheiden. So findet gleichsam eine im statistischen Durchschnitt negative Auslese der Arbeitskräfte für die private Landwirtschaft statt. 32 Prozent der privaten Landwirte im Alter bis 45 Jahren haben ihre Grundschulausbildung nicht abgeschlossen. Nur 34,5 Prozent in dieser Altersgruppe haben mehr als eine Grundschulausbildung, und nur 13 Prozent (235 000) haben eine landwirtschaftliche Schule absolviert. Eine Modernisierung können nur Vorbereitete vollziehen, und ohne Modernität sind qualifizierte und begabte junge Leute für die Landwirtschaft schwer zu gewinnen: eine Schwierigkeit und zugleich eine Aufgabe für das Hilfswerk.

Die Abneigung gegenüber dem Berufsstand macht sich besonders unter den Mädchen bemerkbar. Alarmierend wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit jeder zweite Landwirt (Betriebsleiter) zwischen 25 und 29 und jeder dritte zwischen 30 und 34 Jahren ledig bleiben muß, weil so wenige junge Frauen bereit sind, die schwere Arbeit auf dem Hof und das harte Leben auf dem Land in Kauf zu nehmen. Daran wird deutlich, daß die Modernisierung im Betrieb, im Haushalt und in der technischen und sozialen Infrastruktur des Dorfs eine Aufgabe ist, von der das Weiterbestehen der privaten Landwirtschaft in Polen schlechthin abhängt.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß die Bauern viel Mißtrauen gegenüber kollektiven Aktivitäten und Organisationen hegen. Das mag sowohl auf den traditionellen bäuerlichen Individualismus als auch auf die bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zurückzuführen sein. Dem zentralisierten und bürokratisierten ländlichen Genossenschaftswesen, das formell die meisten Bauern zusammenschließt und auf das sie dauernd angewiesen sind, stehen sie ziemlich fremd gegenüber. Das Interesse an Zusammenarbeit hat nachgelassen. Nicht einmal die Bauern-„Solidarität“ konnte breiter Fuß fassen. In den Vordergrund tritt bei vielen eine Art „sozialistischer Individualismus“: Gegenüber den Strukturen, die Güter und Leistungen verteilen, will man die eigene Position stärken, ohne sich um die gemeinsamen Interessen des Standes zu kümmern.

Der Grundsatz der Gemeinsamkeit, der in den Förderungsmaßnahmen des kirchlichen Hilfswerks gelten soll, kann daher auf mancherlei Ablehnung oder

Unverständnis stoßen. Schon jetzt registrieren die Vertreter der zu gründenden Stiftung eine starke Hoffnung vieler Bauern auf den Transfer von Gütern in die eigenen Betriebe, aber kaum greifbare Initiativen für gemeinsame überbetriebliche Investitionen. Auch der Grundsatz der besseren Eignung als Kriterium der wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen, der von vornherein eine Gleichverteilung oder eine Verteilung nach sozialen Gesichtspunkten ausschließt, kann zu Neid und Mißverständnissen führen. Eine sozial relativ reibungslose Durchführung des Konzepts setzt deshalb nicht nur eine Arbeit an der Sache, sondern auch mit Menschen und an den Menschen voraus.

Trotz diverser Laisierungerscheinungen bleibt die erdrückende Mehrheit der Bauern mit der katholischen Kirche verbunden, die mit Abstand die größte Autorität genießt. Das verleiht dem Hilfswerk einen gewissen Kredit. Allerdings verfügt die Kirche über keine ausreichende Erfahrung in wirtschaftsbezogener Arbeit der Laien und mit den Laien. Im gegebenen rechtlichen Systemrahmen konnten sich auf dem Land keine katholischen Laienorganisationen entwickeln, es sei denn auf der Ebene der Seelsorge. Die seelsorgliche Arbeit auf dem Land, obwohl gut organisiert, orientiert sich in der Regel an traditionellen Mustern der Volkskirche wie Volksreligiosität, Betonung einer eher allgemein-nationalen als konkret-sozialen Ausrichtung, Hervorhebung der führenden Rolle des Pfarrers in der Pfarrei bei einem teilweisen Defizit an Mitsprache und Mitgestaltung durch die Laien. Dieser Zustand hat bestimmte geschichtliche Bedingtheiten. Die Tradition derjenigen Pfarrer, die vor dem Ersten Weltkrieg die bäuerliche Selbsthilfe anregten und unterstützten und den Bauern Bildung brachten, wird unter den heutigen Umständen kaum fortgesetzt.

Das vorliegende Konzept des Hilfswerks setzt eine Trennung von Seelsorge (und somit institutioneller Kirche in der Provinz) und Landwirtschaftsprojekt voraus. Die Stiftung soll von Laien getragen werden. Ihr Aufsichtsrat wird direkt von der Polnischen Bischofskonferenz berufen und ist ihr gegenüber verantwortlich. Vorerst wird kein Ausbau einer eigenen Struktur der Stiftung in der Provinz oder eines eigenen wirtschaftlichen Durchführungsapparats ins Auge gefaßt; man denkt zuerst nur an Bevollmächtigte der Stiftung und an entsprechende Verträge mit vorhandenen Firmen. Die Eigenkosten dürften also ziemlich niedrig liegen, was ein Vorteil ist. Andererseits ist das Projekt nicht nur eine finanziell-technische, sondern nicht weniger eine organisatorisch-soziale Aufgabe, die die fortwährende Gewinnung von qualifizierten, zuverlässigen Mitarbeitern und Partnern erfordert, was ohne entsprechende Ausbildung kaum erreichbar zu sein scheint. Vielleicht liegt gerade darin das größte Problem des Unternehmens. Man ist sich in Polens kirchlichen Kreisen auch dessen bewußt, daß der Staat nicht wünscht und gegebenenfalls zu verhindern bereit ist, daß das Hilfswerk eine Zuflucht für oppositionelle Ambitionen wird, die zur Zeit anderswo nicht zur Geltung kommen können.

Möglichkeiten und Grenzen des Projekts

Es konnten hier nicht alle Zusammenhänge behandelt werden, die für die Durchführung und die Ergebnisse der Stiftung direkt relevant sind. Das Gesagte läßt aber folgende Schlußfolgerungen zu:

Es wäre unrealistisch zu glauben, daß das Hilfswerk allein die polnische Landwirtschaft hinreichend sanieren und modernisieren könnte. Dazu sind die Bedürfnisse zu groß und die in Frage kommenden Mittel auch bei optimistischen Prognosen, von denen die wirtschaftlichen Förderungsprogramme ausgehen, zu bescheiden. Dennoch bietet das Projekt die Chance, die schmerzlichsten Engpässe relativ schnell zu beseitigen und darüber hinaus eine Reihe von Vorbildern der technischen wie sozial-organisatorischen Modernisierung zu schaffen, die in Zukunft auch außerhalb des Hilfswerks Schule machen könnten. Dank des zugrunde liegenden Finanzierungskonzepts kann das Hilfswerk ein bleibender Faktor der Anregung zur Modernisierung werden, auch dann, wenn die Spenden aus dem Westen einmal zurückgehen.

Soll das Projekt einen spürbaren Fortschritt in der Landwirtschaft herbeiführen, muß der kirchliche Träger darauf pochen, daß sich die staatliche Wirtschafts- und Agrarpolitik in keiner Weise entlastet oder befreit fühlt von ihrer Aufgabe, äußerste Anstrengungen zur Förderung einer modernen Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft zu unternehmen. Sonst brächte das Projekt nur scheinbare Hilfe. Eine sachbezogene Koordination und Kooperation beider Seiten bei Respektierung der Autonomie des Hilfswerks wäre dabei zweckdienlich.

Angesichts der Probleme der polnischen Landwirtschaft und des Hilfswerks selbst wäre es nützlich, wenn sich die Hilfe nicht nur auf Geld und Warenumsätze reduzierte, so bedeutsam auch diese sind. Nicht weniger wichtig ist es, die Menschen in Polen, die in oder mit der Landwirtschaft arbeiten, auf die Modernisierung vorzubereiten, etwa indem man Praktika für junge Polen in modernen landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben zur Verfügung stellt, die gegebenenfalls von der polnischen Stiftung finanziert werden könnten. Damit gewänne das Hilfswerk auch neue menschliche Dimensionen.

Der kirchliche Träger in Polen wagt einen mutigen Schritt, indem er die direkte Verantwortung für eine Unternehmung übernimmt, die in jeder Hinsicht kompliziert ist und dabei im Land große Hoffnungen erweckt, die unter Umständen nicht erfüllt werden könnten. Neben der Sache, um die es eigentlich geht – der Modernisierung der Landwirtschaft zum Wohl des polnischen Volkes –, würde ein Erfolg die Stärkung der Autorität der Kirche in der Gesellschaft und ihrer Stellung im öffentlichen Leben bedeuten. Die Konsequenzen eines Scheiterns können aber genau das Gegenteil sein. Die Vertreter der Kirche in Polen sind sich offenbar bewußt, daß diese Verantwortung Behutsamkeit, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilisierung aller Kräfte erfordert.

Gemessen an Weltmaßstäben ist das heutige Polen kein unterentwickeltes und schon gar nicht ein hungerleidendes Land. Im Unterschied zu vielen Entwicklungshilfsprojekten für die Dritte Welt ist der Zweck des polnischen Projekts nicht das Überleben, sondern eine Modernisierung der technischen, gelegentlich auch der sozialen Strukturen. Hinzu kommt, daß Polen eine sozialistische Staats- und Wirtschaftsordnung hat. Zugleich gibt es aber „polnische Besonderheiten“, zu denen die Präsenz eines besonders auf dem Land verbreiteten privaten Wirtschaftssektors, die tiefe Verwurzelung und Autorität der katholischen Kirche in der Gesellschaft und die traditionelle Offenheit gegenüber dem Westen zählen.

Es wäre die Chance des Hilfswerks, bei Respektierung des gegebenen sozialistischen Ordnungsrahmens diese Besonderheiten zu stärken. Das Projekt könnte einen Beitrag zur Stabilität Polens leisten, einer Stabilität, deren Grundpfeiler eine gute Lebensmittelversorgung wäre, eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat und eine gewisse Liberalität, nicht zuletzt im wirtschaftlichen Leben. An der Hilfe zu einer solchen Stabilität können alle Beteiligten – Polens Kirche, Hilfsempfänger, polnischer Staat, westliche Spender, Episkopate und Regierungen – ihr jeweils spezifisches Interesse haben. Die so formulierte generelle Zielsetzung eröffnet die Möglichkeit einer bedingten Harmonie zwischen allen Beteiligten, eine unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Funktionieren des Projekts. Jede Tendenz, auf irgendeine Weise einen Partner schwächen oder überlisten zu wollen, würde das Projekt gefährden.

Über diese spezifischen Ziele und die hier angesprochenen Probleme, die dem Projekt im Weg stehen können, sollte sich die westliche Öffentlichkeit im klaren sein. Beim Werben um eine großzügige Beteiligung an diesem Hilfswerk, und zwar zu einer Zeit, wo wir einerseits der Herausforderung des Hungers in weiten Teilen der Dritten Welt und andererseits den Sorgen mit unserer Überschuß-Landwirtschaft gegenüberstehen, wird diese Klarheit hinsichtlich der Wirksamkeit des Appells und seiner moralischen Rechtfertigung erforderlich sein. Sie wird auch vor falschen Erwartungen und voreiligen Enttäuschungen schützen.